

Italien

Roman Maruhn

Nach knapp anderthalb Jahren einer erneuten Regierung unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi fällt die europapolitische Bilanz Roms recht negativ aus: Der EG-Gründungsstaat hat sich – zumindest auf der politisch-strategischen Ebene – mutwillig in die Selbstisolation manövriert. Die Gründe dafür sind im Einzelnen zwar jeweils unbedeutend und/oder eher unsachlich, in ihrer gesamten Summe dafür aber so schwer wiegend, dass das altbekannte Gespenst italienischer Außen- und Europapolitik stärker als je zuvor Gestalt gewonnen hat: Ohne und auch sogar gegen Rom können die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, aber auch die EU-Institutionen störungsfrei Politik machen und müssen dabei nicht einmal auf die spezifisch italienischen Interessen Rücksicht nehmen. Dabei hat die Regierung Berlusconi sich sogar in mehreren Sachfragen und Personalentscheidungen die diplomatische Blöße gegeben, trotz entsprechender Ankündigungen die – klar obstruktive – Rolle eines Vetospielers nicht einmal bis zum bitteren Ende durchzuhalten. Rom verliert damit – auch im Negativen – an Glaubwürdigkeit und Verhandlungsgewicht im europäischen Politikentscheidungsprozess.

In der Folge werden wichtige Entscheidungen in Brüssel wissentlich und unwissentlich zunehmend ohne die explizite Einbeziehung der italienischen Regierung gefällt. Gleichzeitig kämpft die italienische Politik recht einsam mit zahlreichen ersten Herausforderungen und Problemen, die im europäischen Rahmen sicherlich leichter bewältigt und gelöst werden könnten, wenn auch auf der höchsten politischen italienischen Entscheidungsebene zumindest ein Mindestmaß an strategischer Europapolitik und das Bewusstsein für die Durchsetzungskraft europäischer Lösungen vorhanden wäre. Dieses europapolitische Drama ist umso erschütternder, als dass das Fehlen einer als solchen zu bezeichnenden substantiellen italienischen Europapolitik zumindest in der Öffentlichkeit weder in Italien selbst noch in Europa bemerkt oder sogar vermisst wird.

Regierung Berlusconi IV

Gemessen an der Öffentlichkeitswirksamkeit startet Silvio Berlusconi in seine dritte Amtszeit als Regierungschef und insgesamt vierte Regierung gut: Der Wahlkampf war auf die Themen Sicherheit und öffentliche Ordnung zugeschnitten und die Regierung übernahm sehr schnell ein bereits in Teilen von der Regierung Prodi auf den Weg gebrachtes Sicherheitspaket, das in erster Linie eine Verschärfung der Ausländerpolitik zum Ziel hatte und deshalb besonders vom Koalitionspartner Lega Nord (LN) voll mitgetragen wurde. Einmal mehr in der Geschichte der Menschheit wurde eine Bevölkerungsgruppe ins Fadenkreuz genommen, die kein Stimmrecht und nur eine kleine Lobby in der Gesellschaft hat, aber aus politischem Kalkül für einen Wahlkampf, -sieg und repressive Politik erhalten musste. Gleichzeitig machte Berlusconi den Müllnotstand in Neapel zur Chefsache und löste das Problem augenscheinlich selbst vor den Mikrofonen und Kameraobjektiven der italienischen Medien. In der aufziehenden Finanz- und Wirtschaftskrise – Italien steckt bereits seit Jahren in einer Quasi-Stagnation und die Wirtschaftsleistung ging bereits 2008

um 0,9 Prozent zurück – konnte die Regierung Berlusconi im Windschatten der globalen Krise segeln und blieb den Nachweis ihrer vermeintlichen Wirtschaftskompetenz schuldig. Wiederum im nationalen Rampenlicht und in eigener Person machte sich Berlusconi mit einer italienischen Lösung zum vorgeblichen Retter der maroden Fluggesellschaft Alitalia: ein wettbewerbspolitischer Sündenfall, der den Steuerzahler sehr viel Geld kostet.

Dennoch scheint Silvio Berlusconi mittlerweile zumindest persönlich am Ende seines langen Weges als Entertainer, Unternehmer, Politiker, Angeklagter, Frauenheld, vorgeblich väterlicher Freund minderjähriger Mädchen und schließlich wohl auch Freier angekommen zu sein. Lediglich die Realität des italienischen Politikbetriebs und die Stimmung der Bevölkerung hinken dieser Entwicklung noch hinterher.

Äußere Konsolidierung und innere Fragmentierung der beiden großen Sammlungsparteien

Nachdem Berlusconis Forza Italia (FI) und die Alleanza Nazionale (AN) Gianfranco Finis bereits als Popolo della Libertà (PdL) die Wahl 2008 an der Seite der LN gewonnen hatten, folgt im März 2009 die Auflösung von FI und AN und ihre Verschmelzung zum PdL. Zwar zeigt die Partei in der Regierung eine trotz der unterschiedlichen Zielsetzungen, Organisationen und Geschichten ihrer Bestandteile große Geschlossenheit, aber immer wieder formieren sich starke regionale und sachorientierte Strömungen, die Berlusconi selbst unter politischen Handlungsdruck setzen. Darüber hinaus überrascht auch das Selbstbewusstsein und die Eigenorganisation der PdL-Parlamentarier bzw. einiger ihrer Gruppen angesichts dessen, dass die Partei alles andere als binnendemokratisch organisiert ist, sondern von der Führung von Wahl zu Wahl auf dem Reißbrett reorganisiert wird. Unter Umständen gibt es im PdL einen stärkeren weltanschaulichen Wettbewerb und Kampf von Interessensgruppen, als es das monolithische Erscheinungsbild um Parteiführer Berlusconi suggeriert. Ebenso wie in der Koalition mit der LN und dem politisch zu vernachlässigenden Movimento per l'Autonomia (MPA) ist dennoch der gemeinsame Wille zum Machterhalt bisher ein ausreichendes Motiv, um Berlusconi im Amt zu halten. Ein Zeichen der Schwäche des Regierungschefs ist aber die seit Sommer 2009 sich immer wieder stellende Frage nach einem Ende der Führung Berlusconis, einer Alternative zu ihm und einer Zukunft des PdL ohne Berlusconi – ein Thema, das bisher niemals in der Öffentlichkeit und schon gar nicht von Exponenten der Partei angesprochen wurde.

Interessanterweise hat sich der Präsident der Abgeordnetenversammlung Gianfranco Fini trotz der Abgabe seiner eigenen Partei AN im Rahmen der Fusion zum PdL zum größten Gegenspieler Berlusconis im gesamten politischen Spektrum Italiens profiliert. Fini propagiert einen Modernisierungskurs Italiens insbesondere in der Gesellschaftspolitik und bedient sich dabei besonders in der Frage des Staatsbürgerrechts, der Integration von Ausländern beim Mainstream der fortschrittlichen europäischen Staaten wie zum Beispiel auch der Bundesrepublik.

Auf der Seite der Opposition nimmt das Gewicht von Antonio di Pietros Italia dei Valori (IdV) stetig zu, die sich gerade angesichts der Flügelkämpfe und Politik- und Personal Krise des Partito Democratico (PD) von dessen Juniorpartner zu einer eigenständigen und sehr artikulierten politischen Kraft entwickeln konnte.

Nach einer Reihe von Wahlniederlagen hat Walter Veltroni im Februar 2009 das Amt des Generalsekretärs des PD, das eher dem des deutschen Parteivorsitzenden entspricht, niedergelegt. Seine persönliche Niederlage gegen Berlusconi im April 2008 und die

umstrittene Bündnispolitik im Vorfeld der Wahl, aber auch eine insgesamt schwache Oppositionsarbeit – Veltronis Strategie mied die direkte Konfrontation mit Berlusconi – machten seinen Rückzug überfällig. Interimsnachfolger Dario Franceschini zeigte sich überraschend stark und konnte durch aggressive Oppositionsarbeit – inklusive massiver politischer und auch persönlicher Invektiven gegen Berlusconi – große Aufmerksamkeit auf sich und die Partei ziehen. Franceschini kommt vom christdemokratischen Flügel des PD und gilt deshalb in dem Amt als Exot angesichts der sozialdemokratischen Dominanz in der Partei. Der PD befindet sich in einem – auch seiner basisdemokratischen Organisationsform geschuldeten – politisch äußerst schwierigen Selbstfindungsprozess, der voraussichtlich auch mit den „Primarie“, der Basiswahl des neuen Vorsitzenden Pierluigi Bersani vom 25. Oktober 2009, kein Ende gefunden hat. Die Integration des PD ist keineswegs abgeschlossen, vielmehr droht ihm immer noch die Wiederaufspaltung in seine Gründungsbestandteile.

Als Randerscheinungen, die in ihrer politischen Dynamik nicht unterschätzt werden dürfen, müssen einmal mehr der Schauspieler, Kabarettist und Politiker- und Parteienfeind Beppe Grillo, der eine politische Bewegung gegründet hat, und Luca Cordero de Montezemolo genannt werden, der mit seiner neuen Stiftung Italiafutura einen Sprung in die Politik versuchen könnte.

Ein Ministerpräsident auf Abruf

Erste Anzeichen für eine Krise Berlusconis zeigten sich, als Paolo Guzzanti, treuer Weggefährte und scharfes Schwert der FI, am 2. Februar 2009 unter anderem mit Verweis auf das enge Verhältnis Berlusconis zum russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin und Berlusconis Regierungsstil, seine Gesetzesprojekte im Parlament mit Vertrauensabstimmungen durchzusetzen und damit auf den Fraktionszwang zurückzugreifen, aus dem PdL austritt. In der Folge rückt Berlusconis Privatleben in das Rampenlicht der italienischen Politik und der Öffentlichkeit insgesamt: Als Ehefrau Veronica Lario aufgrund Berlusconis ungeklärtem Verhältnis zu einer Minderjährigen die Scheidung einreicht und ihren Mann in der Öffentlichkeit als „krank“ und „hilfsbedürftig“ bezeichnet, nimmt Berlusconis vorgebliches Image eines Christen, Friends des Vatikans und einer eher wertkonservativer Person irreparablen Schaden. Besonders bei seinen Wählern, im Vatikan und im Ausland löst Berlusconis Abschied von einem bürgerlichen Leben und die Enthüllungen über zahlreiche intime Kontakte mit hier mehr oder weniger als Prostituierten zu bezeichnenden Frauen erst einmal großes Erstaunen und dann auch oft Ablehnung aus. Gleichzeitig wächst der innenpolitische Druck auf und die Kritik der weltweiten Medien an Berlusconi. In vermutlich nahezu jedem anderen Land der Erde hätte ein Ministerpräsident aus persönlichen Gründen, solchen der Staatsräson, auf Druck seiner Partei oder schließlich der Öffentlichkeit von seinem Amt zurücktreten müssen, aber Berlusconi bleibt in Italien Ministerpräsident und startet eine durchsichtige Kampagne, angeblich linke Medien (die Tageszeitung *La Repubblica*) hätten seine Ehefrau benutzt. Und der angeschlagene Regierungschef schlägt zurück: Über das in Familienbesitz befindliche Blatt *Il Giornale* steuert er Hetzkampagnen übelster Sorte gegen die Auslandspresse und Dino Boffo, den Chefredakteur des katholischen *Avvenire*, der besonders die Sozial- und Ausländerpolitik der Regierung kritisiert. Boffo wird durch *Il Giornale* diffamiert, er habe als Homosexueller einem Mann nachgestellt. In der Folge räumt Boffo seinen Posten bei *Avvenire*.

Schließlich erklärt das Verfassungsgericht den Lodo Alfano, ein Gesetz, das den vier höchsten Staatsämtern – darunter der Ministerpräsident – Immunität verleiht, für nicht verfassungskonform. Prozesse gegen Berlusconi können jetzt wieder aufgenommen werden. In der Regierungskoalition mehren sich Forderungen einzelner Minister nach mehr politischer Macht: So will Wirtschaftsminister Giulio Tremonti auch stellvertretender Ministerpräsident werden.

Gefahr für Medien, Rechtsstaat und Politik

Rom erhält Rückmeldungen für die Politik Silvio Berlusconis regelmäßig Schwarz auf Weiß und in Realzeit aus der ganzen Welt: So hat Freedom House in seinem Bericht 2009 zur Pressefreiheit Italien als einziges westliches Land vom Status „frei“ auf „teilweise frei“ zurückgestuft. Die geplante Justizreform stößt besonders bei den Richtern auf Widerstand, da einerseits große Teile der Ermittlungsarbeiten- und –kompetenzen an die Polizei abgegeben werden sollen, die anders als die Justiz nicht unabhängig ist, und andererseits die geplanten Reformmaßnahmen den Ruch haben, in erster Linie auch die Justizverfahren gegen den Regierungschef selbst zu behindern. Die bereits im Wahlkampf angekündigte starke Einschränkung von Abhörmöglichkeiten durch die Justiz würde ein Land, ein Wirtschaftssystem und besonders auch eine Politik gefährden, die nicht nur vom organisierten Verbrechen (Mafia etc.) unterwandert sind, sondern auch als eigene Systeme verhältnismäßig stark delinquent sind.

Neben der schon erwähnten „Lex Berlusconi“ Lodo Alfano hat auch Berlusconis Vorschlag, in Zukunft im Parlament nur noch die Fraktionsvorsitzenden für alle in den Fraktionen zusammengeschlossenen Abgeordneten abstimmen zu lassen, große Besorgnis und Widerspruch ausgelöst. Auch wenn Parlamentspräsident Fini die Initiative sofort zurückgewiesen hat, lässt allein der Vorschlag massive Zweifel am Demokratieverständnis Berlusconis aufkommen.

Reaktives Regierungshandeln statt Reformpolitik

Weiterhin bleiben die persönlichen Interessen Berlusconis das Leitprinzip der Regierungspolitik: Entstehen Probleme bei der aktuellen Statusfrage des Ministerpräsidenten, hilft die Regierung mit Gesetzen nach, die Realität in Einklang mit der mutmaßlichen Inkompatibilität eines italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi zu bringen.

Erst nach dieser aufwändigen Arbeit durch ganze Stäbe von Rechtsanwälten kann sich die Regierung auch den Partikularinteressen besonders des schwierigen Koalitionspartners Lega Nord widmen. Und erst wenn ein ungefährer Ausgleich aller Regierungspartner geleistet ist, beginnt in Italien halbwegs die – wenn auch ideologisch oft stark einfärbte – Sachpolitik. Dennoch wird natürlich auch in Italien Politik gemacht, wenn auch mit deutlich höheren Kosten durch Seitengeschäfte und verhältnismäßig geringen Effekten für Bürger und Wirtschaft.

Eine Nagelprobe des heutigen Italiens ist und bleibt der Umgang des Landes mit Einwanderung, Ausländern und Integration: Der Bericht des Europarat-Kommissars Hammerberg spricht von „drakonischen“ Maßnahmen der Regierung in der Frage der Einwanderung. 2009 versuchten sehr viele Flüchtlinge aus Nordafrika Italien mit dem Boot zu erreichen. Im März sind bei einem einzigen Unglück auf hoher See vermutlich über 300 Menschen ums Leben gekommen. Mit Malta gibt es immer wieder Spannungen und Auseinandersetzungen über die Zuständigkeiten der Seerettung von Schiffbrüchigen.

An das Thema schließt sich direkt die Frage nach dem aktuellen Stand von Ausländern in Italien an: Nach Zahlen vom Oktober 2008 gibt es im Land mit einem prozentualen Anteil von 6,7 an der Gesamtbevölkerung knapp vier Millionen Einwanderer. Einer von 15 Einwohnern ist Ausländer und ebenso einer von 15 Schülern. Allerdings ist bereits jeder zehnte Beschäftigte ein Ausländer und auch zehn Prozent der Hochzeiten sind mit Ausländern gemischt. Die Einwanderer produzieren aber sogar neun Prozent des Bruttoinlandsproduktes, tragen 3,7 Milliarden Euro zum Solidarsystem bei, erhalten aber aus diesem lediglich eine Milliarde Euro. Und auch die Einbürgerung von Ausländern macht Fortschritte: 2007 haben 38.466 Ausländer die italienische Staatsbürgerschaft angenommen, doppelt so viel wie noch vor drei Jahren. Das Land rangiert hierbei aber noch am Schluss des europäischen Ländervergleichs.

Im Rahmen des Sicherheitspakets wird die bisher implizite Integration von Ausländern jetzt stärker profiliert und von Kritikern auch als diskriminierend bezeichnet: Für Ausländerkinder soll ein obligatorischer Italienischtest vor der Aufnahme in die Schule stehen und je nach Abschneiden auch mit zusätzlichem Italienischunterricht belegt werden.

Viele neue Regelungen in der Ausländerpolitik scheinen in erster Linie der Abwehr von Einwanderern zu dienen, weil sie vorrangig Hürden aufbauen, aber kaum positive Instrumente zur Eingliederung von Ausländern in die Gesellschaft vorsehen. Das Sicherheitspaket an sich musste allerdings deutlich entschärft werden. Auch die Regelung, wonach illegale Einwanderung als Straftat und mit Geldbußen geahndet wird, sollte weitgehend folgenlos bleiben, da meist die Frage der Herkunft der Einwanderer nicht schnell zu klären ist und so eine rechtliche Handhabe schwierig ist.¹

Starke Proteste gab es selbst aus den Reihen der Regierungs- und Berlusconi-Partei PdL gegen die Regel, dass illegale Einwanderer bei medizinischen Behandlungen von Ärzten zur Anzeige gebracht werden sollten. Dies widerspricht einem allgemeinen Grundsatz, dass Menschen mit Gesundheitsproblemen möglichst wenige Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen, um diese Probleme zu lösen. Ein weiterer umstrittener Punkt des Pakets war die Einführung von staatlich genehmigten, *ronde* genannten Bürgerwehren, die besonders im Norden unter die Kontrolle der LN und noch rechts von ihr stehenden Parteien wie der neofaschistischen Forza Nuova hätten kommen können. Die *ronde* sind eine Forderung der LN und entsprechen ihrem Konzept des Aufbaus lokaler Milizen gerade unter Kontrolle der LN. Die Staatspolizei und andere Sicherheitsorgane protestierten gegen eine Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols, besonders auch deshalb, da die regulären Sicherheitskräfte angeblich immer schlechter ausgerüstet sind und durch mangelnde Einsatzbereitschaft von Streifenwagen weniger Polizeipräsenz garantiert werden kann.

Seit dem Sommer 2009 hat Rom auch einen Finanzföderalismus – eine politische Schlüsselforderung der LN – eingeführt, dessen konkrete Ausgestaltung noch abzuwarten ist.

Kaum Rezepte gegen die Wirtschaftskrise und protektionistische Privatisierungen

Mit dem gleitenden Übergang von der Stagnation in die Wirtschaftskrise und der hohen Staatsverschuldung konnte die Regierung Berlusconi tatsächlich kaum größere Wirtschaftsprogramme zur Abfederung der Krise auflegen. Als ein Segen für das Land hat sich erwiesen, dass das Bankensystem verhältnismäßig gesund und wenig internationalisiert ist,

¹ La legge sulla sicurezza pubblica, http://www.governo.it/GovernoInforma/Dossier/sicurezza_legge/.

was nur zu verhältnismäßig wenigen direkten Folgen der Finanzkrise in Italien geführt hat. Allerdings sind in Italien, das ähnlich wie Deutschland einen verhältnismäßig hohen Anteil seines Bruttoinlandsprodukts mit der Industrieproduktion erzielt und überdurchschnittlich exportabhängig ist, massiv die Exporte eingebrochen. Schätzungen gehen davon aus, dass der Rückgang der Wirtschaftsleistung noch über dem Deutschlands liegen wird. Besonders der Unternehmerverband Confindustria mahnt Maßnahmen der Regierung gegen die Wirtschaftskrise besonders zu Gunsten von kleinen Betrieben an.

Die Rettung der nationalen Fluglinie Alitalia durch die Fusion mit ihrem härtesten Konkurrenten AirOne unter dem Dach der von der Bank Intesa Sanpaolo und dem Unternehmer Roberto Colaninno geführten Compagnia Aerea Italiana bleibt bis heute umstritten, auch wenn eine italienische Traditionsmarke am Leben und mehr oder weniger in italienischen Händen gehalten wird. Allerdings dämpft diese Entscheidung den gerade lebhaft gewordenen Wettbewerb in der italienischen Luftfahrt mit allen für den Verbraucher verbundenen Vorteilen ganz massiv. 10 bis 20 Jahre später als viele andere europäische Länder zieht sich der italienische Staat – und nur nach Jahre langem Druck der Europäischen Kommission – aus der Alitalia zurück. Mit dem mit der Sanierung der Alitalia verbundenen Abbau von Flugverbindungen von und nach dem Mailänder Flughafen Malpensa hat die deutsche Lufthansa mit ihrer neuen Marke Lufthansa Italia in Italien Fuß gefasst. Sollte das Experiment glücken, könnte Lufthansa gerade nach dem Wegfall des Codesharingpartners AirOne und bei einer allgemeinen Erholung des Flugverkehrs noch stärker in den italienischen Luftverkehrsmarkt vorstoßen.

Die ebenfalls hoch verschuldete nationale Fährlinie Tirrenia und ihre regionalen Tochterunternehmen werden gerade auf die entsprechenden Regionen aufgeteilt, die nationalen und überregionalen Schifflinien voraussichtlich in einem Bieterverfahren verkauft.

Ansonsten diene – ähnlich wie die Kurzarbeit in Deutschland – die Cassa integrazione als ganz wesentliches Auffangbecken für die direkten Folgen der Wirtschaftskrise. Gerade bei den Diskussionen um die Frage nach dem Sozialstaat in Italien muss immer wieder darauf verwiesen werden, dass auch Rom einen ähnlich großen Anteil seines Haushalts (und seiner Steuereinkünfte) in den Sozialetat steckt, aus diesem dann aber der Großteil in die Renten geht. Diese politische Schwerpunktsetzung macht bisher eine substantielle, zukunftsorientierte und strategische Familien- und Sozialpolitik nahezu unmöglich.

Privilegierte Beziehungen und dubiose Partner

In den Außenbeziehungen pflegt Berlusconi das aus deutschen Augen mittlerweile überkommene Modell der Männerfreundschaften der ganz besonderen Art: Russlands Ministerpräsident Putin, Libyens Revolutionsführer Ghaddafi, auch der weißrussische Präsident Lukaschenko scheinen für Berlusconi hoffnungsvolle Freunde zu sein. Zwar könnte Italien in diesen Beziehungen auch Pionierarbeit bei der Öffnung dieser Politiker und Länder für die Europäische Union und die Staatengemeinschaft leisten, allerdings sind es wohl eher die handfesten wirtschaftlichen Vorteile, die Rom sucht: Libyen hat interessante Erdöl- und Erdgasvorräte und liegt nur einen Katzensprung von Italien entfernt; Russland hat ebenfalls viele Rohstoffe und Weißrussland ist in vielen Teilen noch ein weißer Fleck für westliche Unternehmen. Italien ist extrem abhängig von Erdöl- und Erdgaslieferungen und versucht zumindest von der Liefermoral her zuverlässige Erzeugerländer zu finden. Entsprechend richtet sich auch die Außenpolitik ein Stück weit nach dieser Maßgabe aus. Darüber hinaus ist der italienisch-libysche Freundschafts-, Partnerschafts- und

Kooperationsvertrag vor dem Hintergrund der kolonialen Vergangenheit ein Meilenstein, zumal Libyen im Beiwerk des Vertrags auch eine Einstellung der illegalen Einwanderung aus Libyen über den Seeweg nach Italien und die Rückübernahme von Flüchtlingen zusagt. Im Mai 2009 findet dann auch tatsächlich die erste Abschiebung von auf See aufgegriffenen Flüchtlingen nach Libyen statt. Seitdem scheint sich die Flüchtlingssituation zu entspannen.

Eine weitere bilaterale Partnerschaft wird im Februar 2009 mit der Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens für den Wiedereinstieg Italiens in die Atomenergie durch den französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und Berlusconi besiegelt. Demnach werden die neuen italienischen Kernkraftwerke voraussichtlich auf französischen Modellen der dritten Generation basieren. Frankreichs EdF und die italienische ENEL haben dabei ein Memorandum of Understanding abgeschlossen, wonach Italien in der Zwischenzeit Anteile an neuen französischen Kernkraftwerken erhalten soll.

Europapolitik: Verpasste Chancen und Konflikte

In die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) ging Italien mit einem veränderten Wahlrecht: Es gilt eine Vierprozenthürde, die die Zersplitterung der italienischen Europaabgeordneten verhindern soll. Tatsächlich sind nur noch sechs Parteien im EP vertreten: Der PdL mit 29, LN mit 9, der PD mit 21, IdV mit 7, die UDC mit 5 und die Südtiroler Volkspartei mit einem Abgeordneten. Dabei haben sich die LN-Abgeordneten in einer Fraktionsgemeinschaft mit der britischen United Kingdom Independence Party (UKIP) und anderen nationalistischen und euroskeptischen Parteien zusammengeschlossen. Ministerpräsident Berlusconi hatte sich einen deutlicheren Sieg seines PdL erwartet und bereits vor der Wahl entsprechende Personalforderungen gestellt. Im Kampf um das Amt des Präsidenten des EP unterliegt Berlusconis Kandidat dem Polen Jerzy Buzek, was auch als ein Signal der Europäische Volkspartei (EVP) gewertet werden kann, Distanz gegenüber dem Parteikameraden Berlusconi zu halten, obwohl dieser mit dem PdL die Dominanz der EVP im EP ganz erheblich mitsichert.

Trotz der immer wieder an den Tag gelegten Ferne der italienischen Regierung zur Europäischen Union und den – freilich vergeblichen – Versuchen, diese für parteipolitische Zwecke zu nutzen, hat Italien auch in seinem Staatsaufbau und seiner Verwaltung die Praxis der europäischen Integration stark verinnerlicht.² Besonders die Ministerialbürokratie hat entgegen aller Debatten über die Effizienz der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich großes Wissen erworben und eine ruhige Routine im europapolitischen Tagesgeschäft entwickelt, so dass trotz des Lamentos einer zu geringen Präsenz italienischen Personals in den Führungspositionen der Europäischen Union Experten aus Italien tagtäglich die europäische Integration voranbringen. Fabrizio Barca, Generaldirektor im Finanz- und Wirtschaftsministerium, hat für Kommissarin Danuta Hübner einen Bericht über eine reformierte Kohäsionspolitik vorgelegt. Italiens Zentralbankchef Mario Draghi ist im Gespräch für das Amt des Präsidenten der Europäischen Zentralbank. Viele solcher Beispiele lassen sich nennen, die die Qualifikation und auch den Anspruch der Italiener nach gleicher und fairer Teilhabe an der Führung und Leitung der Europäischen Union nachweisen und belegen.

2 Dipartimento Politiche comunitarie/Presidenza del Consiglio dei ministri: Relazione sulla partecipazione dell'Italia all'Unione europea, http://www.politichecomunitarie.it/file_download/743.

Dennoch ist es nicht nur kurios, unseriös und enervierend, sondern auch bitter, wenn die Regierung Berlusconi im Gespräch mit dem Kommissionspräsidenten hinter geschlossenen Türen versucht, den Klimakompromiss nachzuverhandeln; einen Kompromiss, gegen den bereits beim Europäischen Rat in Brüssel im Oktober 2008 Berlusconi sein Veto einzulegen drohte, weil die italienischen Unternehmen nicht dazu in der Lage seien, die Ziele einzuhalten oder entsprechende Mehrkosten auf sich zu nehmen. Auch die mediale Anklage des Außenministers Franco Frattini, die Europäische Union sei in der Asyl- und Flüchtlingspolitik untätig, ist nur eine billige und populistische Ausflucht dafür, vom eigenen politischen Versagen der italienischen Regierung abzulenken. Berlusconis Versuch, besonders in der umstrittenen Frage des Verfahrens der italienischen Behörden mit auf See aufgegriffenen Flüchtlingen Kommentare der Europäischen Kommission zu verbieten, indem er verlangte, dass sich nicht Kommissionssprecher sondern lediglich der Kommissionspräsident dazu äußern dürften, und die Drohung mit einer Politik des „leeren Stuhls“ lassen im Sinne der europäischen Integration nur hoffen, dass dieser italienischen Regierung ein schnelles Ende beschieden wird. Symptomatisch für die schwierige Situation Italiens und ein Nachweis für die Leistungsfähigkeit Europas ist die Behandlung der Frage der Medienfreiheit in Italien im Europäischen Parlament: Im Oktober 2009 konnte die EVP nur mit Mühe eine Resolution gegen die italienische Regierung verhindern. Besonders im europäischen Kontext, der Öffentlichkeit, den politischen Institutionen und dem Zusammentreffen der Politiker der Mitgliedstaaten kommt der starke Kontrast zwischen Schein und Sein eines Silvio Berlusconis zur Geltung: Während er im Inland vorgibt, ein erfolgreicher und beliebter Politiker zu sein, gibt er bei europäischen Gipfeln den PausencLOWN und steht sonst telefonierend abseits.

Große Teile der italienischen Öffentlichkeit, die Unternehmen, die Stiftungen Italiens, nicht zuletzt die Behörden und Ministerien in Rom leisten in einem schwierigen politischen Umfeld wertvolle Beiträge für die europäische Integration. Dabei zeigen gerade viele Medien, Stiftungen, Think Tanks und auch unabhängige Wissenschaftler große Courage, indem sie die Politik der Regierung in Rom kritisieren. Andrea Ricciardi von der katholischen Laienorganisation Comunità di Sant'Egidio ist Karlspreisträger des Jahres 2009, Claudio Magris hat den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhalten. Die Regierung Berlusconi kann auch für alle Europäer eine Chance bieten, sich trotzdem mit Italien wieder stärker auseinanderzusetzen und auch nach Entwicklungen in Italien zu suchen, die das Land berechtigterweise voll zur Gruppe der fortschrittlichsten Staaten der Welt zählen lassen.

Weiterführende Literatur

Dipartimento Politiche comunitarie/Presidenza del Consiglio dei ministri: Relazione sulla partecipazione dell'Italia all'Unione europea, auf: http://www.politichecomunitarie.it/file_download/743.

Limes – Rivista italiana di geopolitica 2/2009: Esiste l'Italia? Dipende da noi.

Limes – Rivista italiana di geopolitica – I quaderni speciali: Il Mare Nostro è degli altri.

Fondazione Farefuturo/Paolo Quercia (a cura di): Fare Italia nel mondo – Le sfide post-globali delle nuove relazioni internazionali, Venezia 2009.

Roman Maruhn: SGI Italy report, Sustainable Governance Indicators 2009, auf: http://www.sgi-network.org/pdf/SGI09_Italy.pdf.